

Stefan Thierfelder

Im „Kampf um die Ostmark“. Heimataktivistinnen und ihre Netzwerke im Ostpreußen der Volksabstimmungszeit 1919–1920

Gegenstand der Arbeit

Die Phase zwischen der Niederlage des Deutschen Reichs im November 1918 und den Volksabstimmungen des 11. Juli 1920, durch welche die in der Zwischenkriegszeit gültigen Grenzen Ostpreußens mit der Republik Polen entschieden wurden, markiert den Untersuchungszeitraum dieses Dissertationsprojekts.

Im Mittelpunkt der Analyse steht das Handeln der führenden Akteure des so genannten Ostdeutschen Heimatdienstes (OHD) und des mit ihm verbundenen Organisationsgeflechts. Ihr Ziel ging über das bloße Gewinnen des Plebiszits hinaus; die Einwohnerschaft der Abstimmungsgebiete sollte zu einem eindeutigen Bekenntnis ihrer deutschen Nationalität bewegt werden. Der ‚Heimat‘-Diskurs nahm in ihrer Argumentation eine Schlüsselposition ein, weshalb sie im Dissertationsvorhaben als Heimataktivistinnen bezeichnet werden.

Die Anfänge des OHD liegen in der Revolutionsphase 1918/1919 und dem in der Bürgerschaft im preußischen Osten herrschenden Bedrohungsgefühl angesichts ethnisch und geostrategisch begründeter Landforderungen des neuen polnischen Staates. Die Pariser Friedenskonferenz, zu der die Vertreter Deutschlands nicht zugelassen waren, verlangte die Abtretung des größten Teils von Westpreußen (Pommern) an Polen. Dem territorial um die östlich der Weichsel und Nogat gelegenen Teile Westpreußens erweiterten Ostpreußen gaben die Kriegsgegner im Versailler Vertrag einen vom restlichen Deutschland separierten Sonderstatus. Damit wurde zumindest semantisch seine Zugehörigkeit zu Deutschland in Frage gestellt.¹ In Ostpreußens sprachlich gemischter südlicher Hälfte sowie den ehemals westpreußischen Landkreisen sollten Volksabstimmungen über eine neue Grenzziehung zu Polen bestimmen. Damit wurde die Verantwortung für Ostpreußens territoriale Zukunft in die Hände seiner Bewohner und Bewohnerinnen gelegt. Die deutschsprachige Mittel- und Oberschicht war sich aufgrund der revolutionären Umwälzung und der als düster empfundenen Zukunftsaussichten nicht mehr der nationalen Loyalität der meist polnischsprachigen Landbevölkerung gewiss. So versammelten sich gesellschaftlich engagierte Personen aller politischen Richtungen außer der äußersten Linken in ‚Selbsthilfe‘-Komitees, um die Bevölkerung ‚aufzuklären‘, d. h. meinungsbildend auf sie einzuwirken. Der Erste Weltkrieg und die Revolutionsphase hatten zu einer Gemengelage geführt, in welcher sich die klaren Grenzen zwischen staatlichen und privaten Strukturen aufzulösen schienen. Der OHD hatte dadurch die Möglichkeit, sich in einer unregelmäßigen Sphäre zwischen privater Eigeninitiative und öffentlichem Auftrag zu etablieren und konnte in wenigen Monaten ein engmaschiges und professionell geführtes Agitationsnetzwerk

1 In Teil 2 des Versailler Vertrages (VV) „Grenzen Deutschlands“ werden in Artikel 27 zunächst die Grenzen Deutschlands festgelegt, wohingegen Artikel 28 die Grenzziehung Ostpreußens bestimmt. Teil 7, VV regelt wiederum das Verhältnis Deutschlands zu Polen, wobei im dortigen Artikel 87 ausdrücklich Ostpreußen und Danzig von den Festlegungen ausgenommen sind. Der Ostpreußen gewidmete Teil 9 des VV ist bewusst nationsneutral formuliert: Anstelle von Polen oder Deutschland ist von Ostpreußen die Rede.

aufbauen.

Idee und Botschaft dieses Heimataktivismus waren sehr erfolgreich. Ein sichtbares Zeichen davon waren ca. 1.200 ‚Heimatvereine‘, welche binnen weniger Monate gegründet und schließlich im Masuren- und Ermländerbund vereinigt wurden. Nahezu jeder Mensch im Abstimmungsgebiet war darin eingebunden oder hatte Berührung mit dieser Bewegung, die sich in vielen neuen, aber gleichförmigen Traditionen, bestehend aus Vereinsfesten, Vereinsabenden, gemeinsamem Liedersingen und vielem mehr, widerspiegelte. Doch die Wirksamkeit des Heimataktivismus ging über die Grenzen Ostpreußens hinaus:

Eine Bestimmung im Versailler Vertrag gewährte allen im Abstimmungsgebiet Geborenen unabhängig von ihrem aktuellen Wohnort das Wahlrecht. Dies erhöhte die Zahl der potentiell Abstimmungsberechtigten gewaltig, da in der Zeit der Hochindustrialisierung etwa ein Drittel der ländlichen Bevölkerung in die westdeutschen Industriegebiete abgewandert war. Ausgehend von ‚Zweigstellen‘ suchten Heimataktivist*innen zwischen Herbst 1919 und Frühjahr 1920 systematisch im ganzen Reichsgebiet Abstimmungsberechtigte und registrierten sie in ihren Wahlorten. Örtliche Vertrauensleute gründeten lokale ‚Vereine heimattreuer Ost- und Westpreußen‘. Mit deren Hilfe konnten schließlich über 150.000 Personen registriert werden. Trotz schwieriger logistischer Voraussetzungen erreichten mehr als zwei Drittel davon rechtzeitig zur Wahl ihre Herkunftsorte.

Im Juli 1920 hatten die Heimataktivist*innen ihr Ziel erreicht: Bei einer Wahlbeteiligung von über 90 % der örtlichen Bevölkerung (also ohne die Auswanderer) stimmten 97,9 % im Abstimmungsgebiet Allenstein und 92,3 im Abstimmungsgebiet Marienwerder für den Verbleib ihrer Heimat im deutschen Staatsgebiet.²

Durch meine Arbeit soll das Netzwerk und die koordinierte Handlungsweise der Heimaktivisten nachvollzogen werden, welche durch den Appell an die Heimat eine weitreichende Einbindung der Bevölkerung in ihre Agitation erreichten. Dadurch wurde das Plebiszit in Ostpreußens multiethnischem Grenzgebiet zu Polen zu einer Manifestation der nationalen Identität stilisiert – mit weitreichenden Implikationen für das Verhältnis von Polen und Deutschen in der Zwischenkriegszeit.

Forschungsfragen und Methodik

Im Zentrum meiner Forschung stehen die Heimataktivist*innen. Hierfür werden sie in einer akteurszentrierten Netzwerkanalyse untersucht. Die Grundfragen meiner Arbeit lauten: Wer waren diese Heimataktivist*innen? Wodurch wurden sie geprägt? Wie haben sie zueinander gefunden? Wie haben sich das Netzwerk und die koordinierte Handlungsweise herausgebildet? Welche Strategien wandten sie an, um auf die Bevölkerung Einfluss zu nehmen?

Mit dem von mir gebildeten Begriff Heimataktivismus bezeichne ich ein Phänomen, durch welches sowohl Verhalten, Wirkungszusammenhang als auch Selbstverständnis des durch die Zeitumstände zum aktiven Handeln mobilisierten Personenkreises erklärt werden kann.

² Zahlenangaben nach Sarah Wambaugh: Plebiscites since the World War, Vol. I. Washington 1933, S. 133–134.

Heimataktivismus umfasst eine in einem Kontext aus Ort und Zeit entstandene Gesinnung, die zu spezifischem Handeln führt. Dieses Handeln zeigt sich in einem bestimmten Diskurs, der die Ausbildung von Strukturen nach sich zieht. Angewendet auf das Thema dieses Promotionsvorhabens bedeutet dies: Der Heimatdiskurs ist ein spezifisch deutsches, regionalistisches und dadurch im Subtext der Zeitgenossen nationales Phänomen.³ Die Agitation für die ‚Sicherung der Heimat‘ war aus Sicht der Heimataktivisten also auch ein Eintreten für Deutschland. Wirken konnte dieser Diskurs in den Strukturen des OHD und des von ihm ausgehenden Netzwerks aus Heimatvereinen im Ostpreußen der Zeit zwischen dem Kriegsende und den durch den Versailler Vertrag dort angesetzten Volksabstimmungen.

Erst durch die Schaffung des mit halbamtlichem Nimbus versehenen OHD wurde die Verwirklichung des Heimataktivismus möglich. Durch dessen organisatorische Basis gelang es, feste Handlungs- und Entscheidungsstrukturen auszubilden. Zwar agierte die Gruppe stets als bürgerschaftliche Initiative und ein Engagement als Heimataktivist war oft mit hohem persönlichen Einsatz an Zeit und Geld verbunden; durch den OHD erhielt sie jedoch weitreichende finanzielle und logistische Unterstützung von der deutschen Verwaltung und Politik. Diese hatten wiederum im OHD einen Mittler gefunden, der es ihnen ermöglichte, die Vorgaben des Versailler Vertrages zu umgehen und so in Kontakt mit der Bevölkerung der Abstimmungsgebiete zu treten. Durch den Analysebegriff Governance⁴ wird es möglich, diese Zusammenhänge zu erfassen und zu hinterfragen, da er die Art und Weise beschreibt, wie Entscheidungsprozesse in der Gesellschaft ausgehandelt werden.

Um die Heimataktivisten als Gruppe zu fassen und an ihnen den Heimataktivismus herauszuarbeiten, müssen sie eingegrenzt werden. Als Heimataktivisten werden nur die zentralen Akteure gewertet. Für die Analyse müssen sie daher von einer unüberschaubaren Vielzahl örtlicher „Vertrauenspersonen“ unterschieden werden. Dies wird über den Begriff der Meinungsführerschaft ermöglicht:⁵ Sie waren es, die sich überregional vernetzten und ihre gesamte berufliche und private Energie dem Heimataktivismus widmeten. Sie besaßen rednerisches und organisatorisches Talent. Durch Erfahrung in der Fremde haben sie persönlich „Heimat“ als Sehnsuchtsort erfahren und dadurch argumentative Autorität erlangt. Diese reichte aus, um meinungsbildend auf die abstimmungsberechtigte Einwohnerschaft einzuwirken. Der hohe Grad an Legitimierung des Handelns der Heimataktivisten durch Staat und Gesellschaft wurde durch die Aura des Heimataktivismus erreicht.

3 Vgl. u. a. Alon Confino: The nation as a local metaphor. In: Ders.: Germany as a Culture of Remembrance. Promises and Limits of writing History. Chapel Hill 2006, S. 29–56; Siegfried Weichlein: Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich. Düsseldorf 2004 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 137), S. 383.

4 Vgl. einfürend Renate Mayntz: Von der Steuerungstheorie zu Global Governance. In: Gunar Folke Schuppert, Michael Zürn (Hg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden 2008 (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 41), S. 43–60.

5 Der Begriff „Meinungsführer“ wurde 1944 von Paul Lazarsfeld, Bernard R. Berelson und Hazel Gaudet für die sogenannte People’s Choice Studie geprägt. Vgl. Matthias Dressler, Gina Telle: Meinungsführer in der interdisziplinären Forschung. Bestandsaufnahme und kritische Würdigung. Wiesbaden 2009.

Quellenlage und Forschungsstand

Die Quellen über die Heimataktivistinnen und ihre Netzwerke im Zeitraum 1919–1920 sind trotz ihres relativ guten Erhaltungszustandes noch weitgehend unausgewertet. Die Untersuchung stützt sich vor allem auf Korrespondenzen zwischen Heimataktivistinnen, Sitzungsprotokolle sowie Berichte aus dem Organisationsgeflecht des OHD. Daneben gibt es zeitgenössische Publikationen und von Heimataktivistinnen verfasste Erinnerungsschriften. Im Staatsarchiv Allenstein/Olsztyn (Archiwum Państwowe w Olsztynie) liegt für jene Zeit die erhaltene Überlieferung des OHD, der Arbeiter- und Soldatenräte sowie der lokalen Verwaltung im Regierungsbezirk Allenstein vor. Anhand der Korrespondenzen, Protokolle, zahlreicher Redekonzepte, Zeitungsartikel sowie Satzungen lässt sich die alltägliche Arbeit der Heimataktivistinnen während des begrenzten Zeitfensters von 1919–1920 rekonstruieren. Hinzu kommen Berichte und Mitglieder- sowie Teilnehmerlisten, anhand derer sich die Gesinnung und der hohe Grad an Vernetzung der Heimataktivistinnen erkennen lässt. Im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz (GStA PK) lagern neben wichtigen Akten des Oberpräsidiums von Ostpreußen interessante Komplementärakten zur Organisation der Abstimmungsmobilisierung im Reichsgebiet und zur Volksabstimmung im Abstimmungsgebiet Marienwerder. Der vom „Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen“ durchgeführte Transport der Stimmberechtigten in die Abstimmungsgebiete lässt sich durch diese Akten sehr gut nachvollziehen. Anhand der Akten zur „Reichszentrale für Heimatdienst“ lassen sich zusätzlich die Verbindungen des OHD zu preussischen und Reichsbehörden ablesen. Publikationen und andere Druckerzeugnisse aus der Feder der Heimataktivistinnen sowie Nachlässe konnten unter anderem im Kętrzyński-Forschungszentrum in Allenstein, der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne und der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig eingesehen werden.

Die Volksabstimmungen in Ostpreußen wurden bereits breit diskutiert, jedoch fehlt bis heute eine Studie zu den Heimataktivistinnen und den Umständen ihres Wirkens. Die Fachliteratur ist sich weitgehend einig darin, dass die Umbruchzeit in den ersten Jahren der Weimarer Republik eine ostpreussische Gesellschaft schuf, die ein betont ‚deutsches‘ Heimatgefühl und einen dezidierten Antipolonismus pflegte. Dafür muss vor allem Robert Trabas 2006 erschienene Studie über die Entstehung einer regionalen und nationalen Identität in Ostpreußen 1914–1933 angeführt werden. Dies gilt ebenfalls für die beiden Arbeiten über die Geschichte der Masuren im Zeitalter des Nationalismus von Andreas Kossert und Richard Blanke.⁶ Die bis heute umfangreichste Studie zur Geschichte der Volksabstimmungen, zudem unter polnischem Blickwinkel, stammt von Wojciech Wrzesiński (1974). Hervorzuheben ist ansonsten vor allem der Tagungsband zur Volksabstimmung im Abstimmungsgebiet Allenstein, in dem viele Autoren eigenständiger Werke mit Artikeln vertreten sind, die ihr Œuvre umreißen (2002).⁷ Die letzten Studien zu den politischen

6 Robert Traba: „Wschodniopruskość“. Tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec, Olsztyn 2007; auf Deutsch erschienen unter dem Titel: Ostpreußen – die Konstruktion einer deutschen Provinz. Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität 1914–1933. Osnabrück 2010 (Klio in Polen 12); Andreas Kossert: Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956. Wiesbaden 2001 (Deutsches Historisches Institut Warschau, Quellen und Studien 12); Richard Blanke: Polish-speaking Germans? Language and national identity among the Masurians since 1871. Köln u. a. 2001 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 24).

7 Wojciech Wrzesiński: Plebiscyty na Warmii, Mazurach oraz na Powiślu w 1920 roku [Die Volksabstimmungen in Ermland, Masuren und dem Weichselgebiet 1920]. Olsztyn 1974

Zusammenhängen im Ostpreußen der Abstimmungszeit sind bereits mehrere Jahrzehnte alt und meist durch mangelnde Distanz der Forscher, einseitige Akteneinsicht oder fehlende Sprachkenntnisse gekennzeichnet.⁸

Zum Verständnis des Heimataktivismus hilft ein Blick auf dessen geistige Vorläufer. Als solche können die patriotischen Verbände im wilhelminischen Deutschland gelten. Grundlegend zur Analyse des betreffenden gesellschaftlichen Milieus ist immer noch das Werk von Roger Chickering über den Alldeutschen Verband aus dem Jahr 1984. Eng mit diesem verbunden ist das ‚Schutzvereinsmilieu‘ und seine Rolle in den nationalen Konflikten Ostmitteleuropas. Die Aufsätze im Sammelband von Peter Haslinger (2009) zeugen von einer augenscheinlichen Ähnlichkeit sozialer Mobilisierungstechniken, sodass von einem Korpus an Agitationsschemata gesprochen werden kann, der bereits vor 1914 bestand.⁹

Die Forschung zum Heimatbegriff ist bibliotheksfüllend. Neben der grundlegenden Studie zum Verständnis des deutschen Wortes „Heimat“ von Peter Blickle (2004) als einem idealisierten, gefährdeten Raum muss vor allem Celia Applegate (1990) genannt werden, welche „Heimat“ als örtliche Entsprechung eines Gefühls der Zusammengehörigkeit einer Gemeinschaft beschreibt. Die Verknüpfung von regionaler und nationaler Identität der Deutschen seit der Reichsgründung 1871 wurde von Siegfried Weichlein (2004) und Alon Confino (1997) treffend anhand von Sachsen beziehungsweise Württemberg verdeutlicht. Letzterer hat 2006 erneut ein Werk vorgelegt, in dem er zeigen konnte, wie ‚Heimat‘ die Nation für jeden einzelnen Bürger Deutschlands fassbar machte und zu einem allgegenwärtigen und identitätsstiftenden Moment werden ließ, welches gleichsam alle Deutschen ohne Unterscheidung nach Konfession oder Weltanschauung mit einschloss. Mathias Niendorf weist schließlich für den deutsch-polnischen Kontext darauf hin (2008), dass durch die Verbindung von individueller und kollektiver Ebene im Bedeutungsgehalt von ‚Heimat‘ ebenso integrative als auch ausgrenzende Komponenten liegen, was diesen Terminus im nationalen Konflikt um gemeinsam beanspruchtes Land instrumentalisierbar mache.¹⁰

-
- (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego 45); Bernhard Jähmig (Hg.): Die Volksabstimmung 1920. Voraussetzungen, Verlauf und Folgen. Marburg 2002 (Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung 17).
- 8 Eine Auswahl: Rudolf Klatt: Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920. Heidelberg 1958 (Studien zur Geschichte Preußens 3); T. Hunt Tooley: Fighting without Arms: The Defense of German Interests in Schleswig, East and West Prussia and Upper Silesia, 1918–1921 (Unpublizierte Diss., University of Virginia 1986), University Microfilms International, Ann Arbor 1989; Rainer Schumacher: Die preußischen Ostprovinzen und die Politik des Deutschen Reiches 1918–1919. Die Geschichte der östlichen Gebietsverluste Deutschlands im politischen Spannungsfeld zwischen Nationalstaatsprinzip und Machtanspruch. Diss. Köln 1985.
- 9 Roger Chickering: We Men Who feel most German. A cultural Study of the Pan-German League 1886–1914. Boston, London, Sydney 1984; Peter Haslinger (Hg.): Schutzvereine in Ostmitteleuropa. Vereinswesen, Sprachenkonflikte und Dynamiken nationaler Mobilisierung 1860–1939. Marburg 2009 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 25).
- 10 Peter Blickle: Heimat. A critical theory on the German idea of homeland. Rochester NY 2004 (Studies in German literature, linguistics, and culture); Celia Applegate: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat. Berkeley, Los Angeles, Oxford 1990; Weichlein: Nation und Region (Anm. 2); Confino: Remembrance (Anm. 2); Ders.: The Nation as a Local Metaphor. Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871–1918. Chapel Hill 1997; Mathias Niendorf: Heimat als Knoten im deutsch-polnischen Beziehungsgeflecht. Begriffe, Geschichte, Beispiele. In: Beate Herget, Berit Pleitner (Hg.): Heimat im Museum? Museale Konzeptionen zu Heimat und Erinnerungskultur in Deutschland und Polen: München 2008 (Colloquia Baltica 14), S. 39–66.

Diese Studie soll dazu beitragen, die Wirkmächtigkeit des Heimatgedankens bei der Nationalisierung einer räumlich konstituierten Gemeinschaft zu verstehen. Sie möchte erklären, wie es unter Berücksichtigung von zeitlichen und örtlichen Faktoren einer relativ kleinen Gruppe von Aktivisten gelingen kann, einen allgegenwärtigen Diskurs und prägende Strukturen zu schaffen. Diese Strukturen hatten maßgeblichen Anteil daran, dass die antipolnischen Ressentiments im Zwischenkriegs-Ostpreußen nicht abebbten. Der Heimataktivismus der Volksabstimmungszeit 1919–1920 hatte damit eine Mitverantwortung für die Auflösung der alten ermländisch-masurischen Lebenswelt, die durch die Flucht, Vertreibung und Auswanderung ihrer Angehörigen infolge des Zweiten Weltkriegs auch physisch ein Ende fand.